

# S I D

Society for International Development



Chapter Bonn

---

**Nachlese**  
**zum 53. Entwicklungspolitischen Fachgespräch vom 11. Dezember 2007**

**Reflections:**  
**Human Rights and Human Obligations in Asian Traditions**

**Gespräch mit Dr. Gérardine Goh, Singapur**

Herr Oldenbruch eröffnete das 53. Entwicklungspolitische Fachgespräch von SID-Bonn mit einem Hinweis auf den EU-Afrika-Gipfel 2007 von Lissabon und die dort zum Ausdruck gebrachte ablehnende Haltung einiger afrikanischer Regierungs- und Staatschefs gegenüber den zum Abschluss anstehenden EPA's und zu Frau Merkels Kritik an der Menschenrechtssituation in Simbabwe. Er verwies auch auf die soeben erfolgte Gründung des Banco del Sur durch Chavez.

Solche Entwicklungen provozierten doch die Frage, ob sich nicht zunehmend neben westlichen Vorstellungen auch andere Konzeptionen entwickeln, die ihre Berechtigung aus ihrem kulturellen Umfeld entwickelten – und wie wir damit umgehen werden bzw. können

So sei z.B. auch im Rahmen des vergangenen Entwicklungspolitischen Fachgesprächs bereits die Frage diskutiert worden, ob bei der in Bhutan vom König verordneten Demokratie westliche Ordnungsvorstellungen von Demokratie, wie z.B. Gewaltenteilung, in der Kultur des Landes angelegt seien und ob in einer buddhistischen Kultur wirklich mit einer demokratischen Entwicklung solchen Zuschnitts zu rechnen sein wird.

Im heutigen 53. Fachgespräch nahm die Singapurerin Dr. Gérardine Goh, z. Zt. wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln und Expertin für Völkerrecht, Europäisches Wirtschaftsrecht und Luft- und Raumfahrtrecht, Stellung zum Thema „Reflections: Human Rights and Human Obligations in Asian Traditions“.<sup>1</sup>

Frau Goh diskutierte das westliche Menschenrechtskonzept vor dem kulturgeschichtlichen Hintergrund Asiens, indem sie zunächst auf die Problematik einging, die dem Menschenrechtsdiskurs zugrundeliege, dann den Antagonismus „universalism of human rights“ versus „cultural relativism“ aufzeigte, um schließlich anhand einer vergleichenden Analyse Rückschlüsse auf den Beitrag der asiatischen Traditionen zum Menschenrechtsdiskurs zu ziehen.

---

<sup>1</sup> Die von Frau Goh verwendete PPP kann auf der Homepage von SID Bonn abgerufen werden .

In der Debatte um die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) kristallisierte sie verschiedene Momente heraus, die deren geringe Akzeptanz in Asien erklären würden: Die AEMR unterliege einer „credibility crisis“ und werde aufgrund ihrer Wurzeln im „Westen“, in der Fremde, im Machtzentrum der ehemaligen Kolonialmächte, mit Skepsis betrachtet. Als weiteren Grund gab sie den starken Einfluss von religiösen Fundamentalisten an. Diese Aspekte müsse man berücksichtigen, so ihre These, wolle man die Akzeptanz der AEMR erhöhen.

Ein weiterer Diskussionspunkt entzündete sich laut Goh an der Frage, ob das Konzept der Menschenrechte universelle Gültigkeit besäße oder stets relativ zu verschiedenen Kulturen und Zeiten gälte.

Ihre Haltung in dieser Frage war ambivalent: Einerseits sei ein sogenannter „aggressive cultural relativism“ in keiner Weise zu befürworten; andererseits dürfe die Frage der kulturellen Relativität nicht per se übergangen werden. Es bestünden Unterschiede in den Traditionen und Denkweisen verschiedener Kulturen, die von der globalen Menschenrechtsdebatte explizit berücksichtigt werden müssten. Die AEMR sei von westlichen Denkmustern geprägt, die für asiatische Völker auf Anhieb nicht verständlich sein würden. Dies veranschauliche allein das Beispiel, dass es für den Begriff „(human) rights“ in einigen asiatischen Sprachen überhaupt keine äquivalente Übersetzung gebe. „Rights“ werde in der Regel mit „obligations“ übersetzt. Das Recht auf Leben werde beispielsweise als die Pflicht, nicht zu töten, verstanden. Den Mangel an gegenseitiger Verständigung definierte Goh daher als das „biggest problem“ des modernen Menschenrechtsdiskurses. Erschwert werde der Dialog außerdem dadurch, dass man nicht von „der“ Kultur Asiens sprechen könne, sondern dass das Konstrukt „Asia“ vielmehr ein Konglomerat verschiedenster Kulturen und Traditionen darstelle.

Der Idee der kulturellen Relativität stellte sie die These der Universalität der Menschenrechte gegenüber: „Human rights are inherent, inalienable and universal“, wohingegen „sources of human rights may not have originated as such“. Dies belegte sie mit einer vergleichenden Analyse einzelner Aspekte des Menschenrechtskatalogs, dessen Wurzeln sie nicht nur in den großen religiösen und philosophischen Strömungen des Nordens (Christentum, Judentum, Lehren der Antike), sondern auch in denen des Südens (Buddhismus, Hinduismus, Konfuzianismus, Islam) verortet sieht. Gegenstand ihrer Untersuchung war dabei die Entwicklung ökonomischer und sozialer Rechte sowie die Entfaltung eines Friedens- und eines Gender-Bewusstseins in verschiedenen kulturellen Kontexten. Sie urteilte, dass das moderne Menschenrecht seinen Charakter einer größeren Zahl verschiedener, historisch-kultureller Einflüsse verdanke, und betonte den besonderen Beitrag, der aus den Traditionen Asiens erwachse.

Die daran anschließende Diskussion unter den Anwesenden kreiste um die verschiedensten Aspekte. Eine Teilnehmerin fragte, wie man zu einem gemeinsamen Menschenrechtsverständnis unter den Kulturen gelangen könne.

Frau Goh meinte dazu: Viele Menschen müssten zunächst über ihre Rechte aufgeklärt werden, damit sie begreifen könnten, dass ihnen überhaupt unveräußerliche Rechte zustehen. Ein wichtiges Mittel sei hierfür der Zugang zum Internet. Zugleich machte sie deutlich, dass die Verwirklichung kultureller Rechte (Zugang zu Bildung etc.) nicht ohne die Gewährleistung ökonomischer und sozialer Rechte (Zugang zu Nahrung, Arbeit etc.) vorstellbar sei und vice versa.

Weiterhin wurde die Frage nach Ansätzen zur Kodifizierung der Menschenrechte gestellt. Während sich im Kontext des „Westens“ eine Art Institutionalisierung der Menschenrechtskultur vollzogen habe - als Beispiel wurden die Bill of Rights, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte infolge der französischen Revolution genannt -, bliebe zu klären, ob ähnliche Entwicklungen in Asien zu beobachten wären.

Frau Goh nannte Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, wie die Bangkok Deklaration der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN) von 1967, oder die Arabische Charta der Menschenrechte von 1994. Zur Kolonialzeit seien solche Bestrebungen freilich unterbunden worden.

Eine weiterer Diskussionspunkt bezog sich darauf, ob die Abschaffung der Sklaverei im China des zwanzigsten Jahrhunderts als Ausdruck für die Entwicklung eines Menschenrecht-Denkens gesehen werden könne oder ob andere Gründe eine Rolle spielten. Ein Teilnehmer verwies darauf, dass dies eine Definitionsfrage sei; es käme darauf an, wer als „Mensch“ betrachtet werden würde.

Eine andere Teilnehmerin wollte wissen, was der spezifisch asiatische Beitrag zum modernen Menschenrechtsdiskurs sei und welche Rolle der europäische Einfluss auf Menschenrechtsorganisationen in Asien spiele.

Goh meinte, der zentrale Beitrag asiatischer Kulturen bestehe darin, eine andere Perspektive in den Menschenrechtsdiskurs einzubringen. Die Frage bzgl. der Nichtregierungsorganisationen (NRO) schätzte sie unterschiedlich ein: NRO'n, die sich für zivile und politische Rechte einsetzen, könnten in der Regel nur einen gewissen Grad an politischer Bedeutung gewinnen, da der Staat sonst interveniere. Dagegen würden NRO'n, die wirtschaftlich oder wissenschaftlich ausgerichtet sind, weitaus mehr politisches Gewicht erlangen können.

Darüberhinaus wurde die Frage aufgeworfen, warum es überhaupt Ressentiments gegen den westlichen Menschenrechtsdiskurs gäbe, und von welchen Kreisen diese ausgingen.

Goh nannte verschiedene Gründe: Der hohe Lebensstandard, der in den OECD-Ländern herrscht, verleite zu Eifersucht und damit zur Stimmungsmache gegenüber Errungenschaften des „Westens“. Hinzu käme das „reverse pinkerton syndrom“, ein Relikt der Kolonialzeit, sowie die generelle Skepsis vor „dem Fremden“. Solche Ressentiments würden eher von der politischen Elite als von der Basis geschürt werden.

Ein Diskussionsteilnehmer meinte, dass das Verständnis des modernen Menschenrechtes und dessen Anwendung keine kulturelle, sondern eine rein politische Frage sei. Es sei nicht der Mangel an interkulturellem Verständnis, sondern die Dominanz handfester machtpolitischer Interessen, die eine effektive Umsetzung der Menschenrechte verhindere. Er forderte Unterstützung für Menschenrechtsorganisationen, die sich für eine Demaskierung der machtpolitischen Verhältnisse in Afrika bzw. Asien einsetzen.

Ein anderer Teilnehmer merkte an, dass dies nicht nur für Afrika oder Asien gelte, sondern als übergreifende Problematik begriffen werden müsse. Menschenrechte würden ebenso in westlichen Demokratien nach Belieben instrumentalisiert oder ausgeklintelt werden – dies verdeutliche allein der Blick auf die Anti-Terror-Maßnahmen der US-Regierung nach den Anschlägen des 11. September.

Des weiteren wurde der Empfang des Dalai Lama durch Angela Merkel, wenige Wochen nach ihrer Chinareise im August 2007, thematisiert. Ob sich die chinesische Regierung darüber allein aus innen- bzw. machtpolitischen Gründen verärgert gezeigt habe, oder ob kulturelle Gründe eine Rolle gespielt hätten, die womöglich für Menschen westlich geprägter Kulturen nicht offensichtlich seien, wollte jemand wissen.

Die Antwort fiel geteilt aus: Goh meinte, es wäre eine machtpolitische Frage. Ihrer persönlichen Erfahrung nach unterstützten viele Chinesen den Dalai Lama. Ein anderer Teilnehmer, der gerade von einem zweijährigen China-Aufenthalt zurückgekehrt war, berichtete indes von gegenteiligen Erfahrungen.

Zum Abschluss wies Herr Oldenbruch darauf hin, dass Frau Goh in ihrer Vorlese ja von einer „juxtaposition“, also einem Nebeneinander, des Konzepts "Asian Traditions" und "Human Rights" ausgegangen sei. Dies veranlasse ihn zur Frage, wie sie denn nun das Verhältnis der beiden zueinander sähe. Können wir wirklich mit unserem Konzept der Human Rights unangefochten so weitermachen? oder muss es womöglich zur Disposition gestellt werden.

Gohs Antwort: „Is it the ideal form of human rights? No. But it is one of the best we have.“ Man solle das Beste den Rechtstraditionen verschiedener Kulturkreise entlehnen und in die Menschenrechtsdebatte einfließen lassen. Um dies zu erreichen, sei ein intensiver Dialog unter den Kulturen vonnöten.

Herr Oldenbruch verband seinen Dank an die Referentin mit dem Hinweis, dass in der heutigen kurzen Diskussion noch vieles offen geblieben sei und nicht ausreichend auf den Punkt gebracht werden konnte, so dass vielleicht ein weiteres Gespräch mit Frau Dr. Goh angesagt sei.

Wie sich eine Menschenrechtssituation in einem konkreten Fall, und zwar am Beispiel von Frauen in Afghanistan gestalte, werde Thema des kommenden Entwicklungspolitischen Fachgesprächs mit Dr. Michael Nienhaus von der GTZ **am 9. Januar 2008** sein.

Damit schloss Herr Oldenbruch die Diskussion.

G. Oldenbruch

Editha Loeffelholz von Colberg